Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0131/05	Datum 08.03.2005
Dezernat: IV	Amt 40		

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Beschlussvorschlag		
			ange- nommen	abge- lehnt	ge- ändert
Der Oberbürgermeister	15.03.2005	nicht öffentlich			
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	05.04.2005	öffentlich			
Finanz- und Grundstücksausschuss	13.04.2005	öffentlich			
Stadtrat	12.05.2005	öffentlich			

Beteiligte Ämter Behind.b,FB 02,FB 03,Kinderb., Amt 23	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		
	KFP		
	BFP		

Kurztitel

Vereinbarung zur Kommunalisierung des Sportgymnasiums

Beschlussvorschlag:

1. Die Landeshauptstadt Magdeburg tritt der „Vereinbarung zur Entwicklung der Sportschulen in der Stadt Magdeburg“ zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und dem Landessportbund zur Kommunalisierung des Sportgymnasiums (Friedrich-Ebert-Straße 16) bei.
2. Die sich aus der Vereinbarung ergebenden schulfachlichen und schulorganisatorischen Maßnahmen werden in einer gesonderten Information dargestellt.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA	X	NEIN	
X		2006				

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche		Finanzierung		Objektbezogene		Jahr der	
	Folgekosten/ Folgelasten		Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)		Einnahmen (Zuschüsse/VWH Fördermittel, Beiträge)		Kassenwirk- samkeit	
(Beschaffungs-/ Herstellungskosten)	ab Jahr	2007					2006	
	keine							
					einmaliger Zuschuss 2006			
Euro	1.651.000		Euro	113.000	Euro	1.651.000	Euro	155.000

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm				
veranschlagt: ☐ Bedarf: ☒				veranschlagt: ☐ Bedarf: ☐				veranschlagt: ☒ Bedarf: ☐				
Mehreinn.: ☐				Mehreinn.: ☐				Mehreinn.: ☐				
				Jahr VKZ: Euro				Jahr VKZ: Euro				
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr				VMH				
2007	mit	113.000	Euro	2005	85	1.151.000	2006	85	575.500	2007	85	575.500
								2006 86 100.000				
Haushaltsstellen 1.23000. div. Gruppierungen				Haushaltsstellen 2.22001.987000-85				2007 86 400.000				
				2.22001.987000-86				VWH Bedarf: x ab 2008 113.000				
Prioritäten-Nr.:												

federführendes Amt	Sachbearbeiter Herr Sengstock	Unterschrift AL Herr Krüger
-----------------------	----------------------------------	--------------------------------

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Herr Dr. Koch
-----------------------------------	--------------	---------------

Begründung:

In der Landeshauptstadt befinden sich neben der in kommunaler Trägerschaft geführten Sportsekundarschule "H. Schellheimer" (Standort: Friedrich-Ebert-Straße 51) auch das vom Land vorgehaltene Sportgymnasium (Standort: Friedrich-Ebert-Straße 16). Beide werden mit genehmigtem inhaltlichen Schwerpunkt geführt.

Das Kultusministerium und das Ministerium für Gesundheit und Soziales wurden durch das Kabinett im Sommer 2003 beauftragt, Verhandlungen mit den Städten Halle und Magdeburg und dem Landessportbund zur Kommunalisierung der Sportgymnasien aufzunehmen.

Ziel der Kommunalisierung ist es, die Einheit von Schule und Sport mit attraktiven Rahmenbedingungen, d. h. moderne Unterrichtsbedingungen, Trainingsstätten sowie kurzen Wegebeziehungen zwischen Schulstandort und Trainingsstätte zu stärken, gleichzeitig die Nachwuchsförderung zu erhalten und eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Sportschulen zu erreichen.

Durch das Land wurde in Aussicht gestellt, dass der Übergang des Gymnasiums in die Trägerschaft der Kommune finanziell aus Landesmitteln begleitet wird. In diesem Zusammenhang werden auch vom Land finanzielle Mittel für die kommunale Sportsekundarschule bereitgestellt. Das führt dazu, dass städtische Aufwendungen für die Sekundarschule in Höhe von ca. 2,0 Mio. EUR nicht erforderlich wären und somit die Stadt in dieser Summe entlastet. Diesbezügliche Aussagen zur Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Verbesserung der komplexen schulischen Bedingungen des Sportgymnasiums und der Sportsekundarschule, Außenanlagen und der Sport- und Trainingsbedingungen sind Bestandteil der Vereinbarung (§ 3). Die Anteilsfinanzierung für die GS "Am Brückfeld" und den Hort wurden im Haushaltsentwurf als Verpflichtungsermächtigung eingestellt.

Seit dem vergangenen Schuljahr gibt es intensive Gespräche zwischen den zuständigen Ministerien des Landes, den betroffenen Ämtern der Stadt (Amt 40, Amt 61, FB 03) sowie den beiden Sportschulen.

Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Zielstellung war u. a. die Herausarbeitung einer optimalen Variante, einschließlich der Aufgabenstellungen für die Sanierung der beiden Schulstandorte (Schulgebäude, Außenanlage), der Sporthalle der Sekundarschule und der auf dem Gelände des E.-Grube-Stadions in städtischer Trägerschaft befindlichen Trainingshalle. Zwischenzeitlich fanden eine Vielzahl von Aktivitäten, wie z.B. gemeinsame Objektbegehungen, Ermittlung von Kostenprognosen zur Feststellung des mittelfristigen Modernisierungsaufwandes, Abstimmungsgespräche mit dem Landessportbund und dem Olympiastützpunkt statt.

Die Planung und Durchführung der Baumaßnahmen auf der Grundlage der oben genannten Aufgabenstellungen liegt in Abstimmung mit dem Land in einer Hand, der Landesbauverwaltung.

Unter dem Vorbehalt des Beitritts zur Vereinbarung und der damit in der Folge möglich werdenden Eröffnung und Auslösung des Verfahrens der Erarbeitung der notwendigen baufachlichen Unterlagen (Erstellung HU-Bau) ist aus Sicht eines effizienten Bauablaufes gegenwärtig die Auslagerung der Schulstandorte des Gymnasiums, der Sekundarschule und der Grundschule vorgesehen. Die Verwaltung prüft die Möglichkeiten und Konsequenzen der einzelnen Varianten.

Da diese Thematik nicht den eigentlichen Kern der Drucksache berührt, wird vorgeschlagen, die damit im Zusammenhang stehenden schulorganisatorischen Belange gesondert in einer Information zeitnah darzustellen.

Es besteht Konsens bei den Beteiligten, dass beide Schulen auch weiterhin als selbständige

Einheiten - Sportgymnasium und Sportsekundarschule - geführt werden. Dafür werden auch weiterhin die bisherigen Standorte in der Friedrich-Ebert-Straße 16 und 51 genutzt.

Die durch den Stadtrat am 05.02.2004 herbeigeführten Beschlusslagen der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bleiben davon unberührt.

Mit der vorliegenden Vereinbarung soll der Grundstein für die Kommunalisierung des Sportgymnasiums sowie das weitere Handeln, die Sanierung der genannten Objekte mit Mitteln des Landes, geschaffen werden.

Anlagen:

Scananlage 1: Vereinbarung zur Entwicklung der Sportschulen

Scananlage 2: Zusätzliche Protokollerklärung